

Sind die, die neue Straßennamen fordern, die neuen Bilderstürmer?

In verschiedenen Kommunen werden immer wieder Stimmen laut, die eine Prüfung der Straßenbenennung nach Personen der Geschichte, fordern. Nicht nur die Tilgung der Benennung von Straßen und Einrichtungen nach Personen, die heutzutage nicht mehr politisch korrekt sein sollen, sondern auch die Beseitigung von Denkmälern wird immer wieder gefordert und teilweise auch vollzogen.

Ein kleiner Ausflug in die Geschichte zeigt uns, dass heute mit der Bilderstürmerei im Wesentlichen die Beseitigung von christlichen bildlichen Darstellung und Plastiken im 16. Jahrhundert in Verbindung mit der Reformation in Zusammenhang gebracht wird. Das ist aber eine einseitige Darstellung. Jede Gesellschaftsform hat ihre eigene Bilderstürmerei hervorgebracht. Bilderstürmerei ist schon seit den ägyptischen Pharaonen bekannt. Auch gegenwärtig sind solche Aktionen wieder in Gebrauch. Eins haben alle diese Stürmereien aber gemeinsam: es werden Kulturgüter vernichtet. Damit wird der Umgang mit der Geschichte erschwert, wenn nicht gar verhindert. Das wurde uns in den 60 Jahren vor 1990 vielfach demonstriert.

Die geforderte Umbenennung von Straßennamen geht auch in diese Richtung. Namen wie beispielsweise Ernst Moritz Arndt, Friedrich Ludwig Jahn, Ernst Pinkert, Riquet und nicht zu vergessen auch Karl Marx haben sich als Kinder ihrer jeweiligen Epoche im heutigen Sinn der politischen Korrektheit durch antisemitische, kolonialistische, nationalistische Äußerungen und Taten „negativ“ hervorgetan. Aus der Sicht ihrer Epoche entsprach das damals aber dem Zeitgeist. Sich nur auf diese Äußerungen zu beziehen, wird diesen Personen aber nicht gerecht. Trotz dieser im heutigen politisch korrekten Sinne negativen Hinterlassenschaften haben sie für die Allgemeinheit auch wertvolle Dinge getan. Bei der heutigen negativen Beurteilung dieser Personen ist das zu berücksichtigen und entsprechend kritisch zu bewerten.

Mit dem Entfernen von Straßennamen, die diesen Personen gewidmet sind, werden geschichtliche Bezüge unterschlagen. Es wäre besser, dass das Vermächtnis dieser Personen nach einer entsprechenden Aufarbeitung an den betreffenden Straßen kenntlich gemacht wird. Wir empfehlen deshalb, wie das schon bei anderen Straßennamen gelegentlich gemacht wurde, eine Tafel unter dem Straßenschild anzubringen, auf dem entsprechende Hinweise zu lesen sind. Dazu muss allerdings nicht, wie kürzlich im Stadtrat beschlossen, eine hochwissenschaftliche Kommission berufen werden. Das könnte eine Arbeitsgruppe des Stadtrates kostengünstiger erledigen, zumal die Äußerungen und Leistungen der betroffenen Personen bekannt sind. Die entsprechenden Unterlagen müssen nur gelesen werden.

Die Aktivisten zur Straßennamenumbenennung sollten bedenken, dass die öffentliche „korrekte“ Meinung nicht konstant ist und einem ständigen Wechsel unterworfen ist. Es könnte deshalb in nicht allzu ferner Zeit auch ihnen passieren, dass sie einer „Bilderstürmerei“ zum Opfer fallen.

Ein weiterer Gesichtspunkt außerhalb der öffentlichen Meinung, der auch nicht zu vernachlässigen ist, die Straßenumbenennungen kosten Geld und bürokratischen Aufwand für die Korrektur der Daten bei den einzelnen Institutionen. Die Kosten können keinesfalls auf die Bewohner dieser Straßen umgelegt werden. Folglich müssen die mit der Umbenennung verbundenen Kosten aus der Stadtkasse bezahlt werden. Bei den üblichen Preisen z.B. für einen Personalausweis oder Reisepass in Höhe von 25 € wären das bei 1.000 betroffenen Personen schon 25.000 €! Dieser Geldaufwand wäre bei anderen Leistungen der Stadt, wie Kosten für Gehwegreparatur, sozialen Leistungen usw. besser aufgehoben.

Wir sind auf eine rege, vielschichtige und nicht einseitige Diskussion zu diesem Thema gespannt.

Dr. Johannes Hähle und Dr. Karl Placht – Stellvertretende Vorsitzende der Senioren-Union in Leipzig